Nummer 384

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Gerhold, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Lüppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: M. Roglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang Sonnabend, 16. August 1924

Unterzeichnung des Schlußprotokolls voraussichtlich noch heute.

Nach allen vorhandenen Anzeichen ist es nur noch eine Frage von Stunden, daß die deutschen Bevollmächtigten in London zu den Forderungen Frankreichs und der Alliierten Ja sagen. Ein Teil der demokratischen und die sozialdemokratische Presse macht natürlich bereits Stimmung, damit auch das deutsche Volk das Londoner Elaborat schluckt. Dabei behauptet sie auch, es sei ein großer Vorteil, daß unsere wirtschaftspolitische Freiheit in London gewahrt worden sei. Diese Freiheit war aber gar nicht in Frage gestellt, am allerwenigstens wäre sie es, wenn wir Nein sagen würden, denn die handelspolitischen Bindungen des Versailler Vertrags hören sowieso am 10. Januar n. J. auf, so daß wir freiwillig hätten auf sie verzichten müssen, wenn wir sie hätten verlieren wollen. Jetzt behalten die Franzosen das Druckmittel der Besatzung gegen uns in der Hand, und es können doch nur Unzurechnungsfähige glauben, daß sie dieses Druckmittel von jetzt ab nicht benutzen werden, um die Befriedigung ihrer handelspolitischen Wünsche von uns zu erzwingen.

Indessen das letzte Wort über die Londoner Konferenz ist noch nicht gesprochen. Im deutschen Reichstag werden sich Schwierigkeiten ergeben und voraussichtlich werden nicht minder große Opposition Herriot und Macdonald in ihren Parlamenten finden. Es wäre verwunderlich, wenn Poincaré und seine Anhänger die Verpflichtung, das Ruhrgebiet zu einem ganz bestimmten Termin zu räumen, nicht für ein Verbrechen Herriots an Frankreich erklärten. Bezüglich Macdonalds kann man schon jetzt erkennen, daß er weder den linken Flügel seiner Partei, der Arbeiterpartei, noch die Liberalen befriedigt hat.

Selbst wenn also heute oder Montag in London das Schlußprotokoll unterzeichnet wird, ist die Lösung noch nicht unter Dach und Fach. Es können noch Wochen vergehen mit parteipolitischen Auseinandersetzungen und Kabinettskrisen in allen hauptsächlich beteiligten Ländern, ehe die endgültige Entscheidung fällt.

Dr. O.

Die Verhandlungen mit den Franzosen und Belgiern.

London, 16. August.

Finanzminister Luther hatte mit Clémentel heute vormittag um ½11 Uhr eine Unterredung. Reichskanzler Marx und Außenminister Stresemann verließen um ¼12 Uhr das Hotel Ritz, um mit den französischen und belgischen Hauptdelegierten zusammenzutreffen.

Paris, 16. August.

Wie der Sonderberichterstatter von Havas aus London meldet, soll um 6 Uhr abends eine Vollsitzung der Konferenz abgehalten werden, in der die Unterschriften unter das Schlußprotokoll erfolgen würden. Sollten sich im Laufe des Tages noch Schwierigkeiten ergeben, so würde die Schlußsitzung der Konferenz erst am Montag stattfinden.

Nicht Unterschrift, nur Kenntnisnahme.

EP London, 16. August.

Heute früh verlautete, daß Marx und Stresemann sich bereit erklärt hätten, der Räumung der Ruhr in einem Jahre zuzustimmen, sowie das Protokoll für die Durchführung des Dawesplanes zu unterzeichnen. Sie erklärten aber, daß sie keinerlei Protokoll unterzeichnen würden, worin von der Räumung der Ruhr gesprochen werde. Sie erklärten, daß die Ruhr ungesetzlich besetzt worden sei, ohne daß Deutschland um seine Zustimmung ersucht wurde. Wenn die Ruhr geräumt werde, so könne Deutschland diese Tatsache nur zur Kenntnis nehmen, nachdem Frankreich und Belgien Deutschland ihren Willen, die Ruhr zu räumen, formell notifiziert hätten. Ferner aber hätten die Deutschen die sofortige Räumung von Dortmund gefordert und außerdem die Räumung von Ruhrort und Duisburg in einem Jahr gleichzeitig mit der Räumung der Ruhr. Sie wollten nicht anerkennen, daß Duisburg und Ruhrort zu der Rheinlandzone gehörten, die auf Grund des Versailler Vertrages besetzt gehalten werde. Außerdem wünschten die Deutschen, daß die Besetzung während des noch verbleibenden Jahres unsichtbar sei. Sie forderten auch, daß die Völkerbundkontrolle an Stelle der interalliierten Militärkontrolle vom 1. Januar 1925 an trete. Sie ersuchten ferner um eine Garantie der alliierten Mächte dafür, daß die 800 Millionen-Anleihe gezeichnet werde. Es verlautet jedoch, daß Macdonald und Kellog der deutschen Delegation bereits im Laufe des gestrigen Abends mitgeteilt hätten, eine solche Garantie sei unmöglich, was England und Amerika anlange. Schließlich sollen die Deutschen die Einschränkung der Kompetenzen der Rheinlandkommission fordern, die nur mehr auf die Sicherheit der Besatzungstruppen Bezug haben sollen.

Der Standpunkt Herriots ist noch nicht bekannt geworden, doch verlautet in französischen Kreisen, daß er seine Forderungen unverändert aufrechterhalten habe. Dagegen teilt man bestimmt mit, die französische, die englische und die belgische Regierung hätten besprochen, noch vor Ende dieses Jahres zu prüfen, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe, sowohl in bezug auf die Reparationskommission, als in bezug auf die Abrüstung. Je nach dem Schluß, zu dem die Alliierten kommen würden, würde die englische Besetzung von Köln auch über den 10. Januar hinaus aufrechterhalten oder aufgehoben werden.

Eine einfache Note?

TU Paris, 16. August.

Aus London wird berichtet: Das Einvernehmen über die Räumung erscheint nunmehr gesichert. Es wird in dem Schlußprotokoll nicht gedacht werden, sondern in der Form einer einfachen französisch-belgischen Note an Deutschland fixiert werden.

London, 16. August.

Man erwartet, daß bei Ende der heutigen Morgensitzung zwischen den deutschen, französischen und den belgischen Hauptdelegierten Noten betreffend die Räumung der Ruhr ausgetauscht werden.

Sofortige Räumung von Dortmund und Ruhrort?

Paris, 16. August.

Wie der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin" mitteilt, hatte General Nollet gestern abend eine längere Unterredung mit dem Generalstabschef des Generals Degoutte, General George, in der die deutschen Forderungen geprüft worden sein sollen. Möglicherweise dürfte nicht allein Dortmund, sondern auch der Hafen von Ruhrort schon bei Unterzeichnung des Protokolls geräumt werden.

Wie der Berichterstatter weiter meldet, hat Herriot an den Präsidenten der Republik Doumergue einen längeren Bericht abgehen und ihm erklären lassen, daß er nach wie vor zuversichtlich sei.

Nach dem Londoner Sonderberichterstatter des „Quotidien" soll die französische Regierung die Absicht haben, die Räumung der Zone von Dortmund anzuordnen, sobald Herriot vom Parlament ermächtigt worden sei, die Londoner Abmachungen endgültig zu unterzeichnen.

Der Havasbericht über die gestrigen Verhandlungen.

TU Paris, 16. August.

Zu den gestrigen Besprechungen zwischen den alliierten und den deutschen Delegationsführern meldet aus London der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur: Herriot wollte den einjährigen Termin, den er im Einverständnis mit dem Ministerrat für die endgültige Zurückziehung der Räumungstruppen aus dem Ruhrgebiet festgesetzt hatte, nicht verkürzen. Er lehnte es ab, diesen Termin zum Gegenstande eines Handels zu machen, erinnerte aber daran, daß, wenn das Reich in der Erfüllung seiner Verpflichtungen guten Willen bekunde, die französische Regierung ihrerseits zum Zwecke der Entspannung sich im gegebenen Augenblick dafür erkenntlich zeigen werde. Uebrigens wird die französische Regierung vor Ablauf des Jahres die Gelegenheit bieten, zu erwägen, ob ein Grund besteht, die Räumung der Ruhr zu beschleunigen, sobald nämlich zwischen der französischen, der belgischen und der englischen Regierung die Prüfung der Umstände erfolgt, unter denen Deutschland seine sämtlichen Verpflichtungen im Hinblick auf die Reparationsfrage wie auch hinsichtlich der Abrüstung erfüllt haben wird. Bekanntlich wird von dem Ergebnis dieser Prüfung auch die Räumung der Kölner Zone durch die britischen Truppen am zehnten Januar 1925 abhängen.

Zuversichtliche Stimmung in London.

London, 16. August.

Die Blätter heben hervor, es bestehe jetzt alle Hoffnung, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes heute geregelt, und daß damit das letzte Hindernis für den Erfolg der Londoner Konferenz beseitigt werde. In den Zeitungen wird darauf hingewiesen, daß im Interesse einer Lösung sowohl von französischer als auf deutscher Seite Zugeständnisse gemacht werden müßten. Man spreche die Hoffnung aus, daß mit der Räumung des Ruhrgebietes sobald wie möglich, noch vor dem vereinbarten Zeitpunkt, begonnen werden wird. Die Blätter betonen, daß Herriot angesichts seiner schwachen innerpolitischen Stellung den Zeitpunkt der Ruhrräumung nicht vor Verlauf eines Jahre habe festsetzen können, ohne dadurch den Sturz seiner Regierung herbeizuführen, was eine „politische Katastrophe" bedeuten würde.

„Daily Herald" schreibt, von Anfang an sei klar gewesen, daß der Erfolg oder Mißerfolg der Londoner Konferenz von der Bereitschaft der Franzosen abhängig sei, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen. Das Blatt betont, daß Herriot gestürzt worden wäre, wenn er zugestimmt hätte und die französischen Truppen sofort aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen worden wären, und daß dies von Poincaré ausgenutzt worden wäre. Es sei vollkommen möglich, daß die Franzosen, wenn sie erkennen, daß sie die gesamten Ausgaben für das Abenteuer Poincarés bezahlen müssen, froh sein würden, die Räumung noch vor einem Jahre zu bewirken. „Daily Herald" hebt die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den französischen und den deutschen Delegierten auf der Londoner Konferenz hervor, die viel dazu beigetragen haben, gegenseitiges Wohlwollen zu wecken.

„Westminster Gazette", die darauf hinweist, daß der Dawesplan mit der Fortdauer der Ruhrbesetzung unvereinbar sei, schreibt, das einzige Argument für die Fortdauer der Besetzung während eines Jahres scheine zu sein, daß die französische öffentliche Meinung für eine frühere nicht vorbereitet sei, und daß Herriot stürzen würde, wenn er zustimmte. Das liberale Blatt macht Herriot und die britische Regierung für jeden Mißerfolg, der in der Wirksamkeit des Dawesplanes infolge der Fortdauer der Besetzung eintreten sollte, verantwortlich.

„Daily Telegraph" schreibt, es erscheine sicher, daß die Londoner Konferenz gerettet worden sei. Das Blatt betont, daß die deutschen Delegierten sehr scharf um einen früheren Zeitpunkt der Ruhrräumung gekämpft haben. Die Tatsache bleibe jedoch bestehen, daß auch Herriot einen starken Kampf mit seinen eigenen militärischen Ratgebern hatte, bevor er in der Lage war, ihre Zustimmung sogar zur Zurückziehung nach Jahresfrist zu erhalten. Wenn er nachgegeben hätte, so würde er einer Abbröckelung seines Kabinetts gegenüber gestanden haben. Der Sturz Herriots im gegenwärtigen Augenblick würde jedoch eine politische Katastrophe von größter Bedeutung gewesen sei.

„Daily Chronicle" schreibt, es bestehe alle Aussicht, daß die Londoner Konferenz heute zu einem erfolgreichen Abschluß gelange. Auch „Daily Mail" nimmt an, daß heute nachmittag oder heute abend die endgültige Vollsitzung der gesamten Konferenz stattfinden werde. „Times" hält es dagegen nicht für wahrscheinlich, daß eine Vollkonferenz schon heute einberufen wird.

Die Deutschnationalen gegen das Londoner Kompromiß.

Folgenden Antrag brachten im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Mumm, Dr. v. Dryander, Koch, Christ und Dr. Könne ein:

Im Interesse der besetzten Gebiete fordert der Ausschuß, daß die Reichsregierung einem Anspruch der Gegner, das sogenannte Sanktionsgebiet erst in Jahresfrist zu räumen, ein unbeugsames „Nein" entgegensetzt.

London und München.

eca München, 16. August.

In der am nächsten Montag stattfindenden Sitzung des bayerischen Ministerrates wird vermutlich hauptsächlich der bisherige Verlauf der Londoner Verhandlungen, die in Münchener Regierungskreisen mit Besorgnis verfolgt werden, besprochen werden. Amtlich hat die bayerische Regierung bisher zu den Londoner Verhandlungen selbstverständlich nicht Stellung nehmen können. Daß sie den letzten Entscheidungen der Londoner Delegation und des Reichskabinetts wegen der Ruhrbesetzung zustimmen wird, ist nach der hier herrschenden Auffassung nicht anzunehmen.

Nicht vor Februar Auflegung der deutschen Anleihe.

Wie der „Deutsche Handelsdienst" erfährt, ist auch bei günstigem Verlauf der Londoner Verhandlungen nicht zu erwarten, daß die Reparationsanleihe auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens bereits in den nächsten Tagen effektuiert wird. Man rechnet in gutunterrichteten Kreisen damit, daß der Abschluß der Verhandlungen mit der Bankwelt noch einige Monate in Anspruch nehmen wird, so daß nicht vor dem Februar des kommenden Jahres mit der Auflegung der Anleihe zu rechnen ist.

Die amerikanischen Bankiers warnen vor deutschen Vorkriegsanleihen.

New-York, 16. August.

Das amerikanische Kapitalistenpublikum hat sich in den letzten Wochen sehr umfangreich an der Hausse in deutschen Vorkriegs- und Kriegsanleihen beteiligt. Die Banken von Wallstreet erlassen heute eine eindringliche Warnung vor dem Erwerb dieser Anleihen, da die deutsche Regierung auf viele Jahre hinaus mit Reparationszahlungen derart belastet sei, daß ein Arrangement für die alten Anleihegläubiger bis auf weiteres als ausgeschlossen erscheine.

Oeffentliche Meinung und Londoner Konferenz.

Noch auf keiner der vielen Reparationskonferenzen hat der Begriff „Oeffentliche Meinung" eine so große und ausschlaggebende Rolle gespielt wie auf der Londoner Konferenz. Jedesmal, wenn die alliierten Unterhändler den sachlichen Argumenten der Deutschen nichts Sachliches mehr erwidern konnten, kamen sie, ganz besonders die Franzosen, mit dem Hinweis darauf, daß sie von ihrer öffentlichen Meinung, von der Stimme ihres Volkes abhängig seien und dementsprechend handeln müßten. Wenn sich in London, wie es ja leider den Anschein hat, die Politik Herriots durchsetzt, so ist im wesentlichen die „öffentliche Meinung" Frankreichs die treibende Kraft bei dem französischen Ansturm gegen die deutsche Stellung gewesen. Wenn man den Versicherungen der französischen und der deutschen Linkspresse glauben soll, so wäre Herriot vor der Londoner Konferenz und besonders vor seinem Amtsantritt als Ministerpräsident nicht mit dem Herzen in jener nationalistischen Welle mitgeschwommen, die in Frankreich sich jetzt wieder mit so stürmischer Kraft im deutschfeindlichen Sinne betätigt hat, daß der französische Standpunkt in London den Sieg errang. Trotzdem unterwarf der französische Ministerpräsident sich der öffentlichen Meinung seines Landes und machte sich in den entscheidenden Stunden der Londoner Konferenz zum willigen Werkzeug dieser öffentlichen Meinung.

Wir können uns leider nicht entsinnen, daß in Deutschland jemals nach dem Kriege auf die öffentliche Meinung eine ähnliche Rücksicht genommen wurde. Fällt die Entscheidung der deutschen Regierung in London in dem Sinne aus, wie er in unserem heutigen Morgenblatt mit den schwersten Befürchtungen dargelegt wurde, so geht die deutsche Regierung, wie wir behaupten können, auch diesmal — und noch nie so sehr wie diesmal — über die deutsche öffentliche Meinung brutal hinweg. Sie versäumt die Gelegenheit, aus der deutschen öffentlichen Meinung die Waffe zu schmieden, die stark und scharf genug wäre, um der gleichgeschmiedeten Waffe Frankreichs zum mindesten Stand zu halten. Seit dem Ruhreinbruch gibt es im deutschen Volke nur die eine Meinung, die alle anderen politischen Erwägungen im Verstand und im Gefühl des einfachen Mannes im Volke wie des Gebildeten beiseite treten läßt: die Meinung, daß das Ruhrgebiet und alle über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete am Rhein, besonders die Brückenköpfe, so schnell wie möglich geräumt werden müssen. Es gibt nur die eine Meinung, daß, da wir nicht die physische Kraft haben, die ungeheuerlichen Leiden unserer Volksgenossen im Ruhrbezirk zu rächen, alles getan werden muß und nur das eine Ziel erstrebt werden muß, ihre Leidenszeit abzukürzen. Diese Meinung hat ohne Zweifel auch während der Londoner Konferenz und in den Tagen, in denen das Dawes-Gutachten im Vordergrunde der Betrachtung stand, die anderen Erwägungen noch immer als sekundär erscheinen lassen. Im deutschen Volke, in der öffentlichen Meinung Deutschlands wurzelt seit Monaten tief die Auffassung, daß das Dawes-Gutachten mit seiner schweren Last nur denn hingenommen werden könne, wenn man mit diesem Riesenopfer den Millionen Deutschen, die in den Gebieten von Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Dortmund und Bochum seit 19 Monaten ihrer Freiheit beraubt sind, dieses Gut wieder erobern kann. Es sieht in der Tat über jedem Zweifel, daß man die öffentliche Meinung Deutschlands, die weiß Gott nicht im „Vorwärts" und in der „Vossischen Zeitung" zum Ausdruck kommt, auf die einfache Formel bringen kann: Dawes-Gutachten nur bei sofortiger Herausgabe des widerrechtlich besetzten Gebiets. Von dieser feststehenden Tatsache, in deren Umsetzung in die Praxis die moralische Kraft eines 60 Millionen-Volkes endlich einmal ihren vollen Ausdruck hätte finden können, hat die deutsche Regierung bisher keinen Gebrauch gemacht. Die deutsche Nation ist auch in London bis zu diesem Augenblick die einzige gewesen, deren Vertreter sich über die öffentliche Meinung der Nation hinweggesetzt haben. Entscheiden sie sich nicht noch im letzten Augenblick im Sinne der deutschen öffentlichen Meinung, so wird diese öffentliche Meinung vielleicht bald sich gegen sie entscheiden.

Dr. J.

Die vorliegende Zeitung enthält auf Seite 4 die Beilage

Die Steuerpraxis Nr. 15